



Newsletter

Datum 02.02.2012
Sperrfrist 02.02.2012, 09.00 Uhr

Nr. 1/12

INHALTSÜBERSICHT/ CONTENU/ CONTENUTO

1. HAUPTARTIKEL/ ARTICLE PRINCIPALE/ ARTICOLO PRINCIPALE

Medizinische Hilfsmittel: Sparpotential in Millionenhöhe

Moyens auxiliaires : potentiel d'économies de plusieurs millions de francs

Mezzi ausiliari: potenziale di risparmio di diversi milioni di franchi

2. MELDUNGEN/ COMMUNICATIONS/ COMUNICAZIONI

- *Plakatierung auf öffentlichem Grund: Empfehlungen des Preisüberwachers zur Stärkung des Anbieterwettbewerbs*

Affichage sur le domaine public: recommandation du Surveillant des prix visant à renforcer la concurrence

Affissione di cartelloni pubblicitari in luoghi pubblici: raccomandazioni del Sorvegliante dei prezzi per rafforzare la concorrenza tra gli operatori

- *Neue Internetvergleichsseite der Preisüberwachung schafft Transparenz bei den Gaspreisen*

- *Neue Urheberrechtsgebühren auf Mobiltelefonen: Entscheid der Schiedskommission entspricht Empfehlung des Preisüberwachers*

- *Einvernehmliche Regelung mit Wasserverbund Region Bern*

- *Stadt Arbon: Voraussichtlich keine Erhöhung der Abfallgebühren*

3. VERANSTALTUNGEN/ HINWEISE

Voranzeige Jahrespressekonferenz Preisüberwacher



1. HAUPTARTIKEL/ ARTICLE PRINCIPALE/ ARTICOLO PRINCIPALE

Medizinische Hilfsmittel: Sparpotential in Millionenhöhe

Seien es Blutzucker-Teststreifen, Atemtherapiegeräte oder orthopädische Stützstrümpfe: Medizinische Hilfsmittel werden in der Schweiz gemäss dem sogenannten MiGeL-Tarif vergütet. Dieser Tarif legt fest, welche Beträge von den Krankenkassen maximal vergütet werden. Der Preisüberwacher hat einige dieser Tarife vertieft untersucht und ein grosses Sparpotential lokalisiert. Er fordert Massnahmen zur Eliminierung von falschen Anreizen des gegenwärtigen Entschädigungssystems für Mittel und Gegenstände. Namentlich fordert er die Einführung eines Systems der periodischen Überprüfung der Höchstvergütungsbeträge (HVB) im Dreijahresrhythmus, die Verstärkung von Auslandpreisvergleichen bei der Festsetzung dieser Höchstvergütungsbeträge sowie die Integration der zwischen Krankenversicherern und Abgabestellen für Mittel und Gegenstände abgeschlossenen Verträge in den gesetzlichen Rahmen der Tarifverträge.

Die Mittel- und Gegenstände-Liste (MiGeL) regelt die HVB medizinischer Hilfsmittel zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP).¹ Für die Festsetzung dieser Preise ist das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) zuständig. Laut den Daten von Santésuisse haben sich die Kosten zulasten der OKP für die von den Abgabestellen für Mittel und Gegenstände, Apotheken und Arztpraxen² abgegebenen Mittel und Gegenstände³ zwischen 2004 und 2008 von 185 Mio. Franken auf 386 Mio. Franken mehr als verdoppelt. Die Gesamtkosten für die KVG-Leistungen sind im gleichen Zeitraum dagegen um lediglich 20,7% gestiegen. Laut Schätzungen von Santésuisse beliefen sich die Kosten für Mittel und Gegenstände unter Berücksichtigung der von Pflegeheimen, Spitälern und bei der Spitex-Pflege abgegebenen Mittel und Gegenstände 2008 auf knapp 650 Mio. Franken.

In den Jahren 2010 und 2011 unterzog die Preisüberwachung die MiGeL einer vertieften Analyse, wobei unter anderem auch ein internationaler Preisvergleich für zwei Produktgruppen durchgeführt wurde, nämlich für PAP-Geräte (*Positive Airway Pressure*, Geräte zur Überdruckbeatmung) zur Behandlung von Schlafapnoe sowie für Blutzucker-Messgeräte und Teststreifen zur Blutzuckerkontrolle bei Diabetes. Ausgewählt wurden diese zwei Produktgruppen, da sie bedeutende Kosten verursachen und – bei den Teststreifen – um die Entwicklung ihres Marktpreises infolge der Anpassung der HVB zu untersuchen.

Preise von PAP-Geräten und Befeuchtern

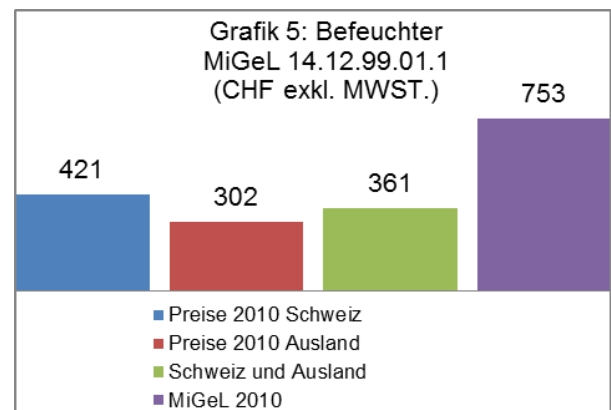
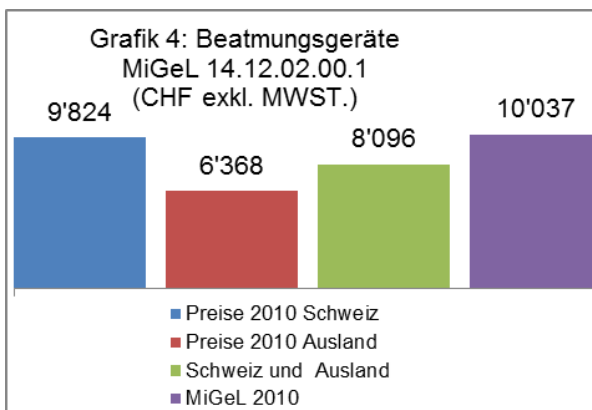
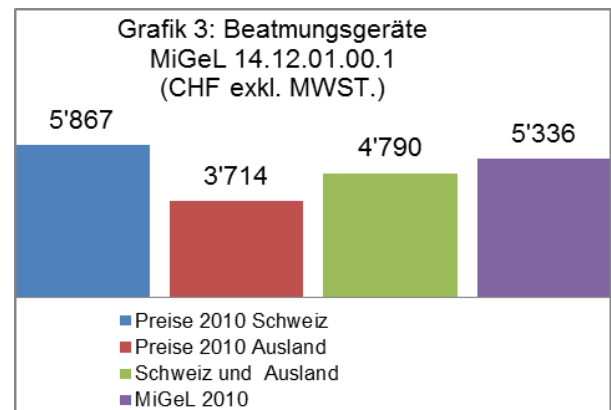
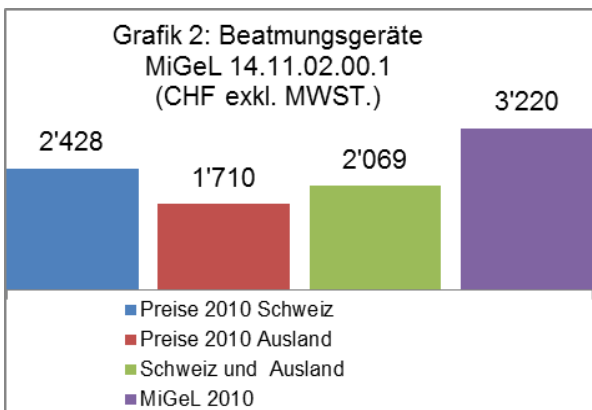
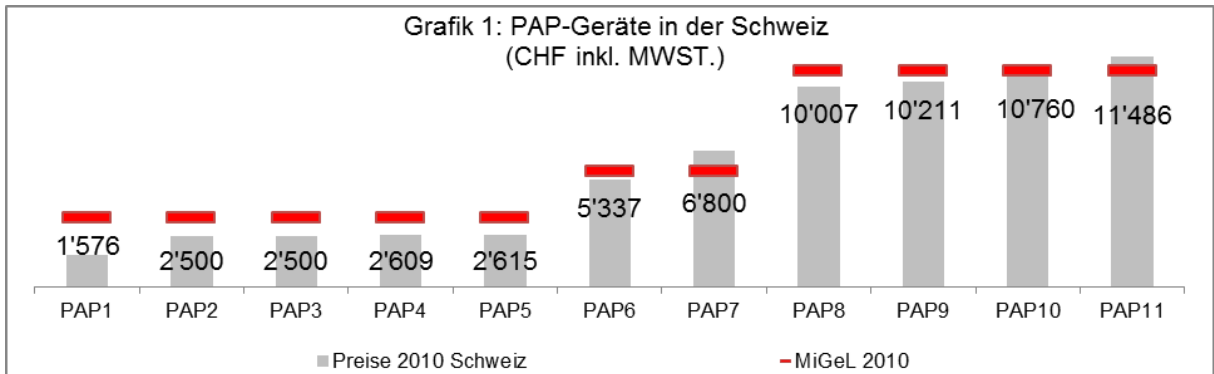
PAP-Geräte werden durch die Krankenversicherer gemäss den Vorschriften in Kapitel 14 der MiGeL vergütet. Wie aus Grafik 1 ersichtlich ist, liegen die Preise fast aller PAP-Geräte in der Schweiz unter dem HVB oder entsprechen diesem. Dagegen lassen sich grosse Preisunterschiede zwischen der Schweiz und den anderen in der Analyse untersuchten Ländern feststellen.⁴ Ein Preisvergleich auf Basis der MiGeL-Positionen zeigt, dass 2010 für PAP-Geräte und Befeuchter die Preise in der Schweiz und die entsprechenden HVB deutlich über den Preisen für die gleichen Geräte im Ausland lagen (vgl. Grafiken 2–5). Folglich müsste der HVB der entsprechenden MiGeL-Positionen auf einen Wert um den Durchschnitt der Preise in der Schweiz und im Ausland gesenkt werden, um die entsprechenden Marktpreise abzubilden.

¹ Vgl. Mittel- und Gegenständeliste: <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00263/00264/04184/index.html?lang=de>

² Da die in Pflegeheimen und Spitälern (ambulant oder stationär) oder bei der Spitex-Pflege abgegebenen Mittel und Gegenstände direkt in den Leistungskosten dieser Dienstleister berücksichtigt sind, sind sie in den von Santésuisse ausgewiesenen Kosten der MiGeL nicht enthalten und daher oben nicht aufgeführt.

³ Ohne Sehhilfen.

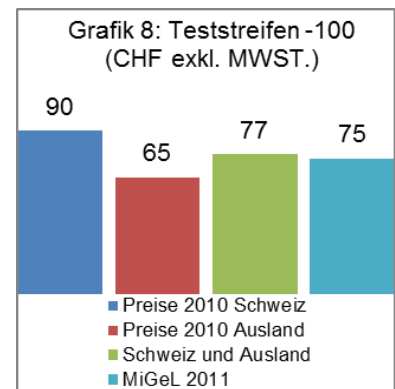
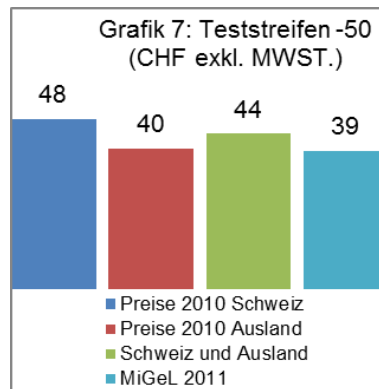
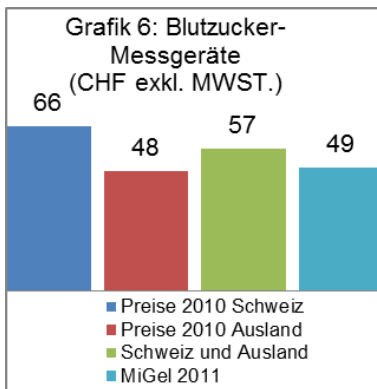
⁴ Vergleichsländer waren Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und die USA. Für die Währungsumrechnung der Preise wurde jeweils der durchschnittliche Wechselkurs für das Jahr 2010 verwendet, d.h. 1 USD = 1.042671 CHF, 1 EUR = 1.381068 CHF und 1 GBP = 1.609295 CHF.



Preise von Blutzucker-Messgeräten und Teststreifen

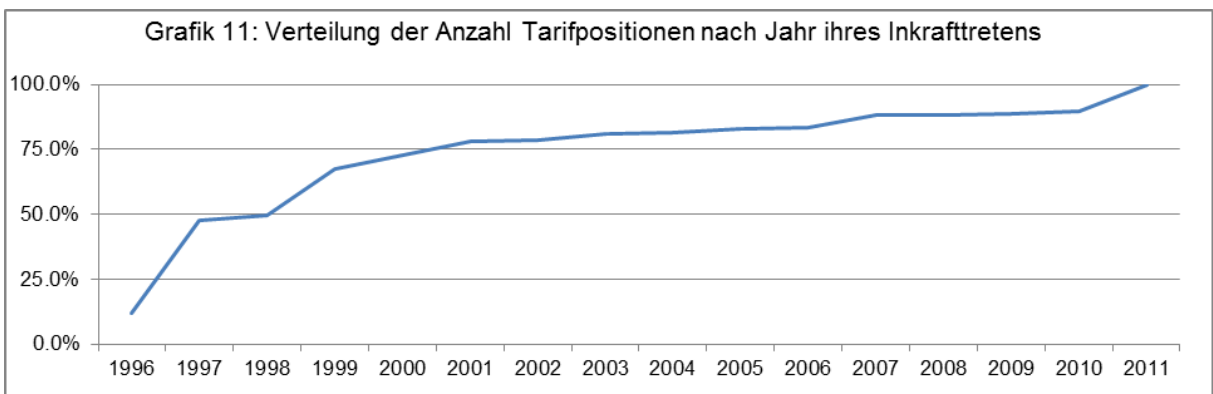
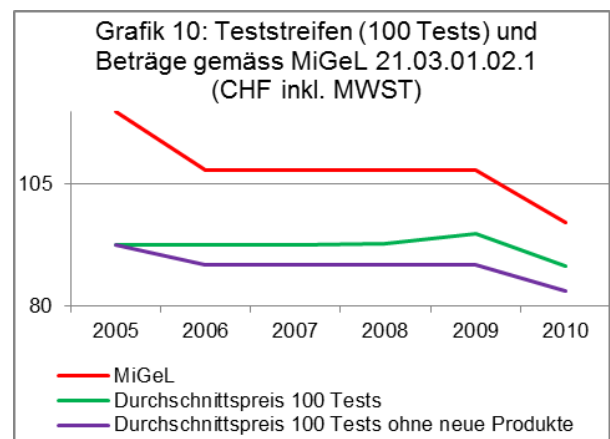
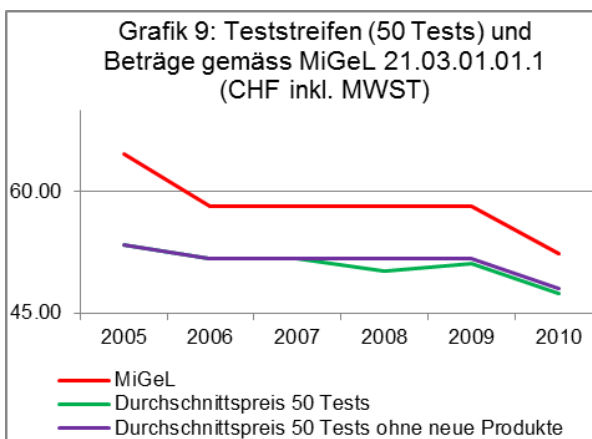
Die Durchschnittspreise in der Schweiz für Blutzucker-Messgeräte und Teststreifen sind höher als in den Vergleichsländern (vgl. Grafiken 6-8).⁵ Die im Januar 2011 eingeführten HVB entsprechen eher den Gegebenheiten am Markt in der Schweiz und den Vergleichsländern.

⁵ Vergleichsländer waren Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und die USA. Der Wechselkurs entspricht dem durchschnittlichen Wechselkurs für das Jahr 2010, d.h. 1 USD = 1.042671 CHF, 1 EUR = 1.381068 CHF und 1 GBP = 1.609295 CHF.



Preisentwicklung der Teststreifen

Ein Vergleich der Preise (inkl. MWST) der Teststreifen zwischen 2005 und 2010 mit den HVB⁶ zeigt auf, dass sich im betrachteten Zeitraum die Preise in der Schweiz analog zu den HVB der MiGeL entwickelten (vgl. Grafiken 9 und 10). Die zwischen 2008 und 2009 (grüne Linie) beobachteten Abweichungen sind auf die Einführung neuer Produkte auf dem Schweizer Markt zurückzuführen.



⁶ Zur Erinnerung: Die HVB (inkl. MWST) der Teststreifen sind 2006 von 64.60 Franken auf 58.10 Franken je Packung zu 50 Tests und von 120.– Franken auf 108.– Franken je Packung zu 100 Tests gesunken. 2010 kostete eine Packung zu 50 Tests noch 52.30 Franken und eine Packung zu 100 Tests noch 97.20 Franken. Auf Antrag von santésuisse wurden die HVB im Januar 2011 für Packungen zu 50 Tests von 52.30 Franken auf 42.– Franken und für Packungen zu 100 Tests von 97.20 Franken auf 81.– Franken reduziert.



Aus Grafik 11 ist ersichtlich, dass 50% der Tarifpositionen der MiGeL seit 1998 und mehr als 75%⁷ seit 2000 nicht mehr überprüft wurden. Dass die (oft viel zu hohen) HVB als Referenz für die Preisfestlegung in der Schweiz dienen, schadet dem Wettbewerb und sichert den Lieferanten von Mitteln und Gegenständen auf Kosten der Versicherten eine Art Aufschlag auf dem Preis für Leistungen gemäss Pflichtleistungskatalog nach KVG. Es müsste daher ein Mechanismus für eine periodische Überprüfung der HVB eingeführt werden.

Die gesammelten Informationen zeigen ausserdem, dass die Verhandlungen zwischen den Krankenversicherern und den Abgabestellen für Mittel und Gegenstände im Vergleich zu den HVB und den Marktpreisen in der Schweiz zu deutlich tieferen Preisen führen (Reduktion von bis zu 45%). Die Krankenversicherungen könnten die Kosten beispielsweise senken, indem die Vereinbarungen zwischen Krankenversicherern und Abgabestellen für Mittel und Gegenstände in den rechtlichen Rahmen der von der zuständigen Behörde genehmigten Tarifverträge gemäss KVG integriert würden. Diese Verträge sollten zudem bei der Festlegung der HVB der MiGeL für das Folgejahr systematisch berücksichtigt werden.

Da bei der Festlegung der HVB den Preisen im Ausland Rechnung getragen wird, sollten die Hersteller und Verteiler von Mitteln und Gegenständen gesetzlich dazu verpflichtet werden, diese den Bundesbehörden und Versicherern zu liefern. Dies ist bereits der Fall bei den Medikamentenpreisen.

Empfehlungen des Preisüberwachers an das EDI

Der Preisüberwacher hat dem EDI folgendes empfohlen:

1. Jede Tarifposition ist alle drei Jahre auf Basis eines internationalen Preisvergleichs zu überprüfen.
2. In der KLV ist für die Lieferanten in der Schweiz festzuschreiben, dass sie den Bundesbehörden und Versicherern Daten zu den Preisen im Ausland liefern müssen.
3. Sofern die HVB nicht im Verhältnis zu den in der Schweiz und im Ausland geltenden Durchschnittspreisen festgelegt werden können, dürfen die HVB das erste Quartil (25%) der Preise in der Schweiz nicht übersteigen.
4. Zur Festlegung der HVB der MiGeL für das Folgejahr sind jeweils die in den Verträgen zwischen Krankenversicherern und Abgabestellen für Mittel und Gegenstände vereinbarten Tarife zu berücksichtigen.
5. Die Verträge zwischen Krankenversicherern und Abgabestellen für Mittel und Gegenstände sind in den gesetzlichen Rahmen der Tarifverträge gemäss Artikel 46 KVG zu integrieren.
6. Die HVB für PAP-Geräte, Befeuchter sowie für die Miete der entsprechenden Geräte sollten gesenkt werden.

Laut seiner Stellungnahme vom 24. November 2011 hat das EDI den Antrag um Senkung der HVB für PAP-Geräte und Befeuchter der Eidgenössischen Kommission für Analysen, Mittel und Gegenstände unterbreitet. Diese wird sich bis im Frühling 2012 dazu äussern. Die anderen Empfehlungen des Preisüberwachers werden im Rahmen der allgemeinen Revision der MiGeL geprüft. Dabei soll ein transparentes Konzept geschaffen werden, das namentlich die Kontrolle der Kostenentwicklung sowie die Überprüfung und die periodische Anpassung der HVB erlaubt. Gemäss dem EDI wurden die Arbeiten im Hinblick auf die Revision der MiGeL lanciert, werden aber erst in eineinhalb bis zwei Jahren abgeschlossen sein.

[Stefan Meierhans, Lucie Ingabire]

⁷ D.h. 36% der Kosten für von Abgabestellen, Arztpraxen und Apotheken abgegebene Mittel und Gegenstände.



Moyens auxiliaires : potentiel d'économies de plusieurs millions de francs

En Suisse, les moyens auxiliaires médicaux, tels que les lecteurs de glycémie, les appareils d'inhalation ou les bas de compression orthopédiques, sont remboursés par les assureurs maladie au maximum à hauteur des montants fixés dans la Liste des moyens et appareils (LiMA). Le Surveillant des prix a examiné certaines positions tarifaires plus en détail et constaté un fort potentiel d'économies dans ce domaine. Il demande par conséquent l'introduction de mesures limitant les mauvaises incitations liées au système actuel de remboursement des moyens et appareils. Cela passerait par la mise en place d'un système de réexamen périodique des montants maximum remboursables (MMR) sur une période de 3 ans, le renforcement de la comparaison internationale des prix dans le cadre du calcul des MMR ainsi que par des modifications législatives qui intégreraient les contrats conclus entre les assureurs-maladie et les centres de remise de moyens et appareils dans le cadre légal des conventions tarifaires.

La LiMA publiée par le Département fédéral de l'intérieur (DFI) décrit les dispositions sur l'obligation de prise en charge et l'étendue de la rémunération des moyens et appareils.⁸ Selon les données de SantéSuisse, les coûts à la charge de l'assurance obligatoire des soins (AOS) des moyens et appareils⁹ fournis par les centres de remise de moyens et appareils, les pharmacies et les cabinets médicaux auraient plus que doublé entre 2004 et 2008 passant de 185 millions de francs à 386 millions de francs.¹⁰ Dans le même temps, l'augmentation de l'ensemble des coûts des prestations LAMal n'a été que de 20.7%. SantéSuisse estimait en 2008 que, en tenant compte des moyens et appareils fournis par les homes médicaux, les hôpitaux et dans le cadre des traitements Spitex, les coûts totaux de l'AOS liés à la prise en charge des moyens et appareils avoisinaient les 650 millions de francs.

En 2010 et 2011, suite aux nombreuses dénonciations de la part de la population, la Surveillance des prix a soumis la LiMA à une analyse approfondie englobant également une comparaison internationale des prix pour deux groupes de produits: les machines en pression positive (Positive Airway Pressure – PAP) pour le traitement de l'apnée du sommeil (machines PAP pour la suite du texte) ainsi que les lecteurs de la glycémie et les bandelettes de test destinés à la surveillance du diabète. Ces deux groupes de produits ont été choisis au vu de leur importance en termes de coûts et – pour les bandelettes de test – afin d'examiner l'évolution des prix du marché suite aux modifications successives des MMR intervenues depuis 2006.

Les prix des machines PAP et des humidificateurs

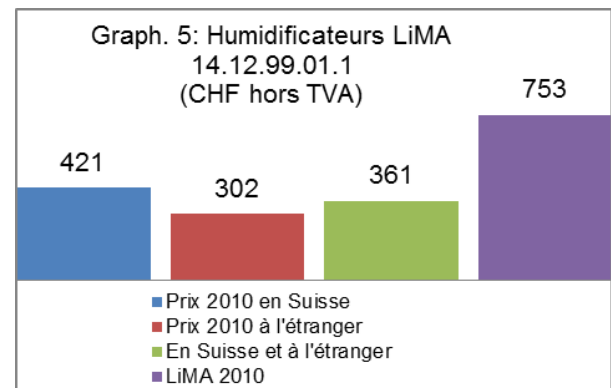
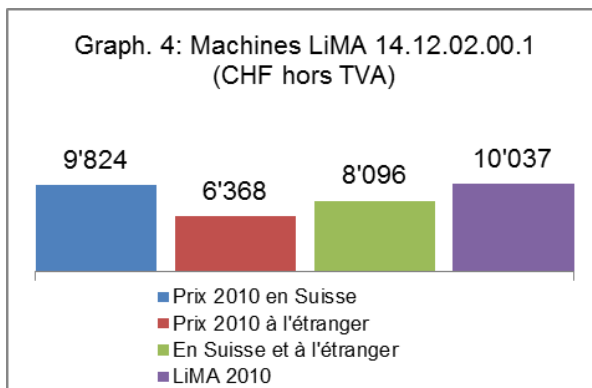
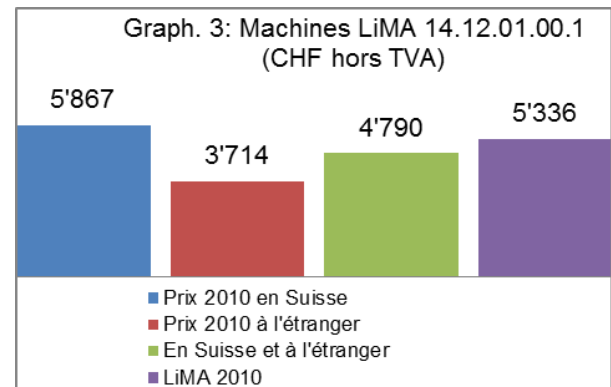
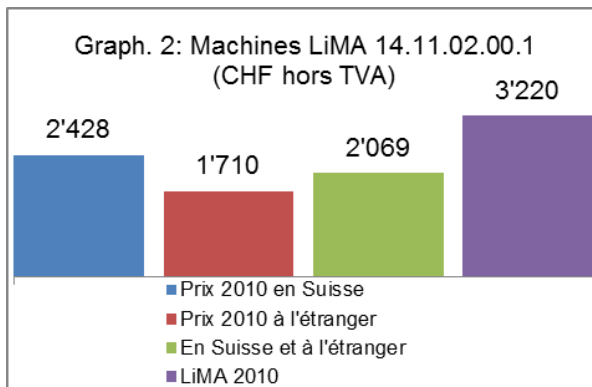
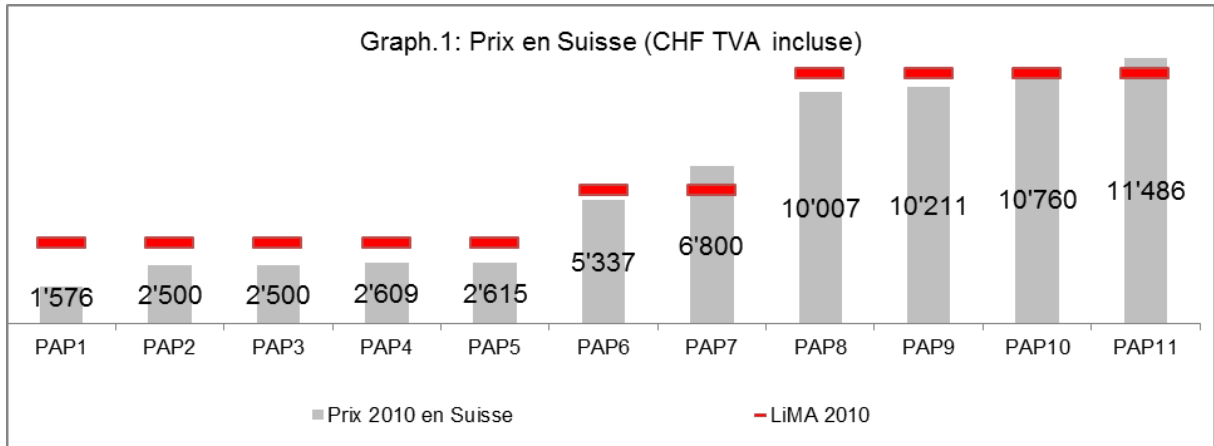
Les machines PAP sont remboursées par les assureurs-maladie selon les prescriptions dans le chapitre 14 de la LiMA. Comme on peut le voir dans le graphique 1, presque tous les prix des machines PAP en Suisse se situent en dessous ou au même niveau que les MMR. Les graphiques 2 à 5 montrent que les prix suisses 2010 des machines PAP et des humidificateurs ainsi que les MMR correspondants sont nettement supérieurs aux prix à l'étranger.¹¹ Il faudrait par conséquent abaisser le MMR de chacune des positions LiMA examinée à hauteur de la moyenne des prix en Suisse et à l'étranger afin de refléter le niveau des prix sur le marché en Suisse et à l'étranger.

⁸ Voir Liste des moyens et appareils (LiMA) : <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00263/00264/04184/index.html?lang=fr>

⁹ Hors mis les aides visuelles.

¹⁰ Les moyens et appareils fournis par les homes médicaux, et les hôpitaux (en ambulatoire ou stationnaire) ou dans le cadre des traitements spitex étant directement intégrés dans les coûts des prestations de ces fournisseurs de prestation; ils ne sont pas inclus dans les coûts de la LiMA évoqués.

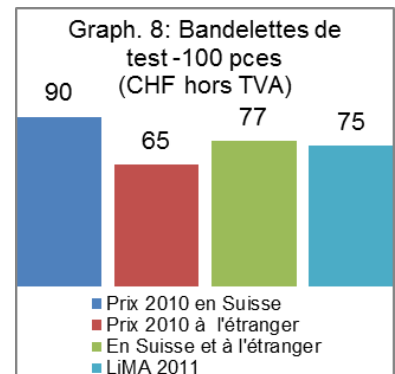
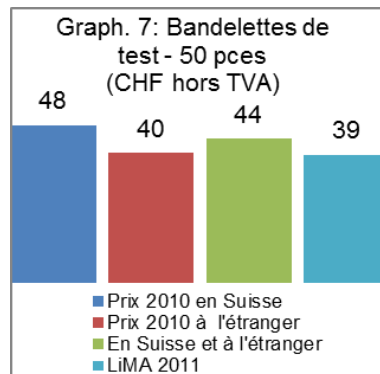
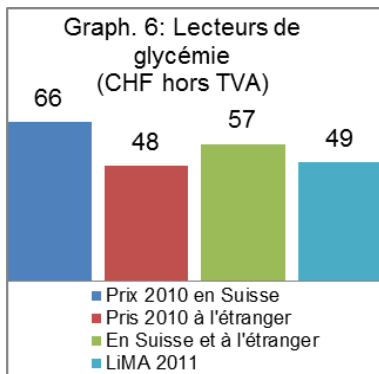
¹¹ Les pays de comparaison sont l'Allemagne, la France, la Grande-Bretagne et les Etats-Unis. Pour la conversion des prix, nous avons toujours utilisé le taux de change moyen pour l'année 2010, c.-à-d. 1 USD = 1.042671 CHF, 1 EUR = 1.381068 CHF, et 1 GBP = 1.609295 CHF.



Prix des lecteurs de glycémie par analyse du sang et des bandelettes de test

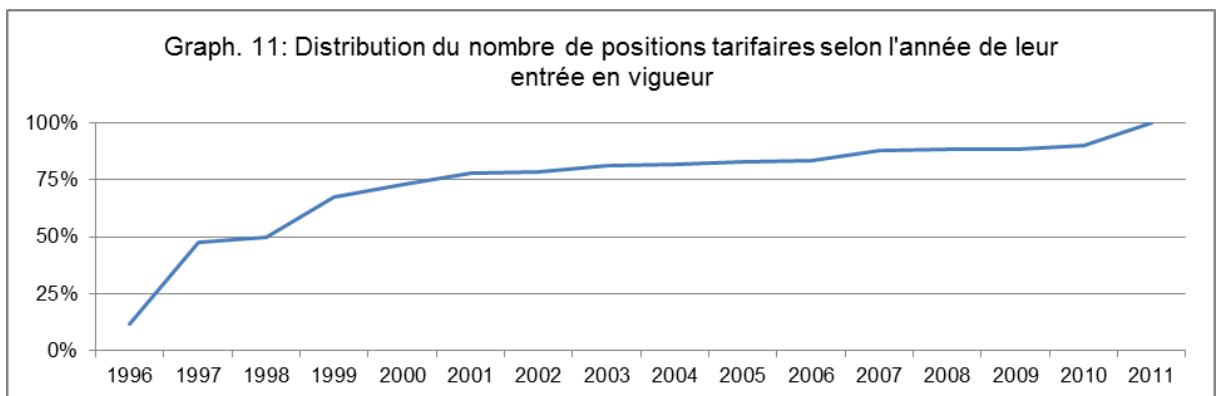
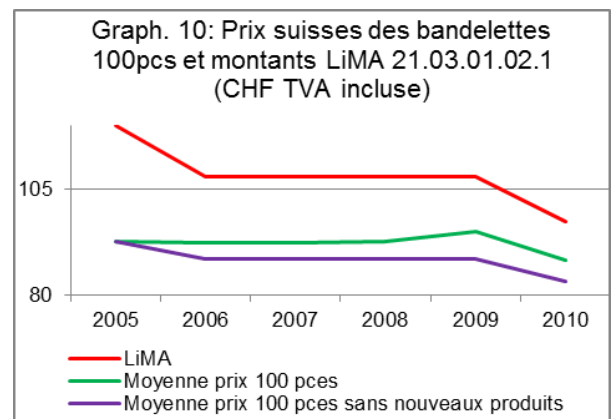
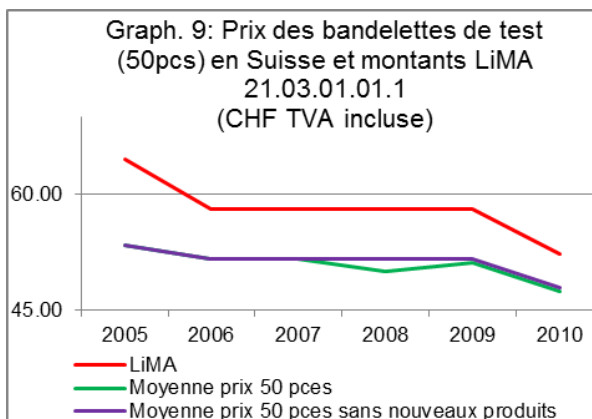
Les prix moyens en Suisse pour les lecteurs de glycémie et les bandelettes test sont plus élevés que ceux des pays de comparaison (cf. graphiques 6-8).¹² Les MMR introduits en janvier 2011 correspondent plus à la réalité du marché en Suisse et dans les pays de comparaison.

¹² Les pays de comparaison sont l'Allemagne, la France, la Grande-Bretagne et les Etats-Unis. Le taux de conversion équivaut au taux de change moyen pour l'année 2010, c.-à-d. 1USD = 1.042671 CHF, 1 EUR = 1.381068 CHF, et 1GBP = 1.609295 CHF.



Evolution des prix des bandelettes de test

Si on compare les prix en Suisse (y c. TVA) des bandelettes de test entre 2005 et 2010 avec les MMR¹³, on constate que l'évolution des prix suisses suit celle des MMR de la LiMA (cf. graphiques 9 et 10). Les déviations observées entre 2008 et 2009 (lignes vertes) sont imputables à l'introduction de nouveaux produits sur le marché suisse.



¹³ Pour rappel, les MMR (TVA incluse) des bandelettes de test sont passés en 2006 de CHF 64.60 à CHF 58.10 pour les paquets de 50 pièces et de CHF 120.- à CHF 108.- pour les paquets de 100 pièces. En 2010, ils sont passés de CHF 58.10 à CHF 52.30 pour les boîtes de 50 pièces et de CHF 108.- à CHF 97.20 pour les paquets de 100 pièces. Sur demande de santésuisse, les MMR sont passés de CHF 52.30 à CHF 42.- pour les boîtes de 50 pièces, et de CHF 97.20 à CHF 81.- pour les boîtes de 100 pièces en janvier 2011.



Le graphique 11 montre que 50% des positions tarifaires de la LiMA n'ont pas été modifiées depuis 1998 et près de 75%¹⁴ n'ont pas été réexaminées depuis 2000. Le fait que des MMR (souvent trop élevés) soient pris comme référence pour fixer les prix en Suisse nuit à la concurrence et octroie aux fournisseurs de moyens et appareils une sorte de rente sur des prestations du catalogue légal des prestations LAMal au détriment des assurés. Il faudrait par conséquent introduire des mécanismes favorisant le réexamen périodique des MMR.

Les informations récoltées démontrent aussi que les négociations entre les assureurs-maladie et les centres de remise des moyens et appareils conduisent à des prix nettement inférieurs aux MMR et aux prix sur le marché suisse (jusqu'à -45%). Une façon de diminuer les coûts pour l'assurance-maladie serait d'intégrer les accords entre les assureurs-maladie et les centres de remises de moyens et appareils dans le cadre légal des contrats LAMal approuvés par l'autorité compétente. Ces contrats devraient en outre être systématiquement pris en considération pour déterminer les MMR de la LiMA de l'année suivante.

Comme le calcul des MMR tient compte des prix à l'étranger, il faudrait introduire une obligation légale pour les fabricants ou les distributeurs de moyens et appareils de fournir les prix à l'étranger aux autorités fédérales et aux assureurs, comme c'est déjà le cas pour les prix des médicaments.

Recommandations du Surveillant des prix au DFI

Le Surveillant des prix a recommandé au DFI :

1. De faire en sorte que chaque position tarifaire soit réexaminée tous les trois ans sur la base d'une comparaison internationale des prix ;
2. D'inscrire dans l'OPAS l'obligation pour le distributeur en Suisse de fournir aux autorités fédérales et aux assureurs les données concernant les prix à l'étranger ;
3. Lorsqu'il n'est pas possible de définir les MMR par rapport à la moyenne des prix en Suisse et dans les pays de comparaison, de fixer des MMR ne dépassant pas le premier quartile (25%) des prix fixés en Suisse ;
4. De prendre en considération les tarifs conclus dans les contrats entre les assureurs-maladie et les centres de remise de moyens et appareils pour déterminer les MMR de la LiMA de l'année suivante ;
5. D'intégrer les contrats conclus entre les assureurs-maladie et les centres de remise de moyens et appareils dans le cadre légal des contrats LAMal selon l'art. 46 LAMal.
6. D'abaisser les MMR pour les appareils en pression positive continue, ceux pour les humidificateurs ainsi que les MMR liés à la location de ces moyens et appareils.

Dans sa prise de position du 24 novembre 2011, le DFI nous informe qu'il a demandé à la Commission fédérale des analyses, moyens et appareils d'examiner la recommandation du Surveillant des prix de diminuer les MMR des machines PAP et des humidificateurs. La commission devrait se prononcer au printemps 2012. Les autres recommandations du Surveillant des prix seront examinées dans le cadre de la révision générale de la LiMA. Celle-ci aura pour ambition de mettre en place un concept général transparent permettant notamment le contrôle de l'évolution des coûts ainsi que le réexamen et la modification périodiques des MMR. Selon le DFI, les travaux concernant la révision de la LiMA ont été amorcés et ne devraient aboutir que dans 1.5 à 2 ans.

[Stefan Meierhans, Lucie Ingabire]

¹⁴ Soit 36% des coûts des moyens et appareils remis par les centres de remises, les médecins et les pharmaciens.



Mezzi ausiliari: potenziale di risparmio di diversi milioni di franchi

In Svizzera i mezzi ausiliari come i glucometri, gli apparecchi per l'inalazione o le calze a compressione sono rimborsati dagli assicuratori malattia secondo le tariffe dell'EMAp (Elenco dei mezzi e degli apparecchi), nel quale è fissato il limite massimo del rimborso da parte degli assicuratori malattia. Esaminando dettagliatamente alcune posizioni tariffarie, il Sorvegliante dei prezzi ha constatato un elevato potenziale di risparmio in questo settore. Chiede quindi di introdurre delle misure che limitino gli incentivi sbagliati legati al sistema attuale di rimborso di mezzi e apparecchi. Alcune di queste sarebbero l'istituzione di un sistema di riesame periodico degli importi massimi rimborsabili (IMR) nell'arco di 3 anni, il rafforzamento del confronto internazionale dei prezzi nel quadro del calcolo degli IMR, nonché modifiche legislative che includano i contratti conclusi tra gli assicuratori malattia e i centri di distribuzione di mezzi e apparecchi nel quadro delle convenzioni tariffarie.

L'elenco dei mezzi e degli apparecchi (EMAp) disciplina gli importi massimi rimborsabili dall'assicurazione sanitaria obbligatoria (AOS) per i mezzi ausiliari¹⁵. Il Dipartimento federale dell'interno (DFI) ha la competenza di fissare questi prezzi. Secondo i dati di SantéSuisse, i costi a carico dell'AOS per mezzi e apparecchi¹⁶ forniti dai relativi centri di distribuzione, dalle farmacie e dagli studi medici sarebbero più che raddoppiati tra il 2004 e il 2008, passando da 185 a 386 milioni di franchi. Nello stesso periodo, per contro, i costi complessivi per le prestazioni fornite conformemente alla LAMal sono aumentati solamente del 20,7 per cento. Secondo una stima di SantéSuisse, i costi dei mezzi e degli apparecchi avrebbero raggiunto nel 2008 la cifra di 650 milioni di franchi se si avesse considerato anche i mezzi e gli apparecchi forniti dalle case di cura, dagli ospedali e nell'ambito delle cure Spitex.

Nel 2010 e nel 2011, la Sorveglianza dei prezzi ha sottoposto l'EMAp a un'analisi approfondita, effettuando anche un confronto internazionale dei prezzi di due gruppi di prodotti: gli apparecchi di pressione positiva per il trattamento dell'apnea del sonno (Positive Airway Pressure - di seguito denominati apparecchi PAP) nonché i lettori della glicemia e le strisce reattive per la sorveglianza del diabete. Questi due gruppi sono stati scelti per la loro rilevanza in termini di costi e – per quanto concerne le strisce reattive – per esaminare l'evoluzione dei prezzi di mercato in seguito alle modifiche degli IMR.

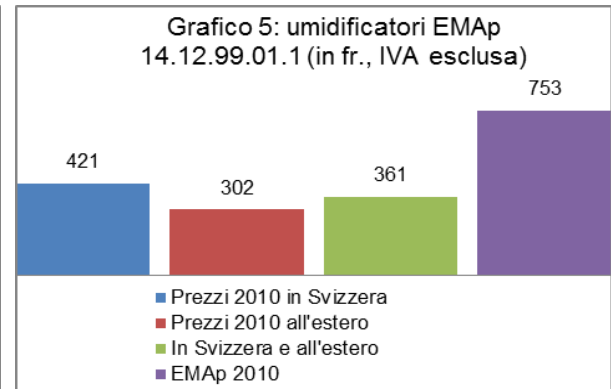
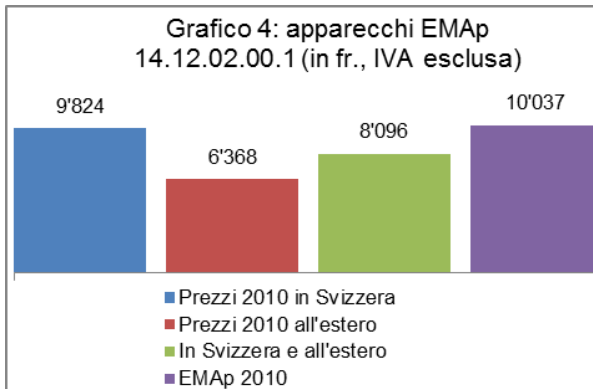
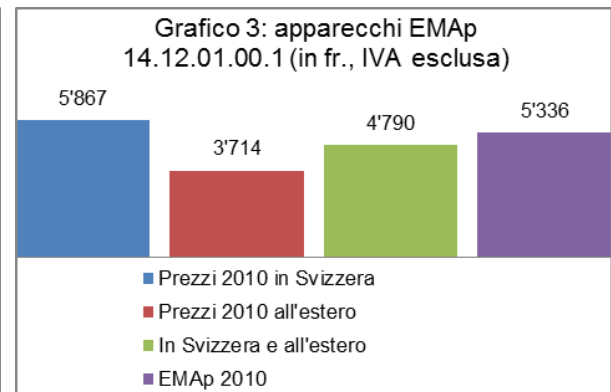
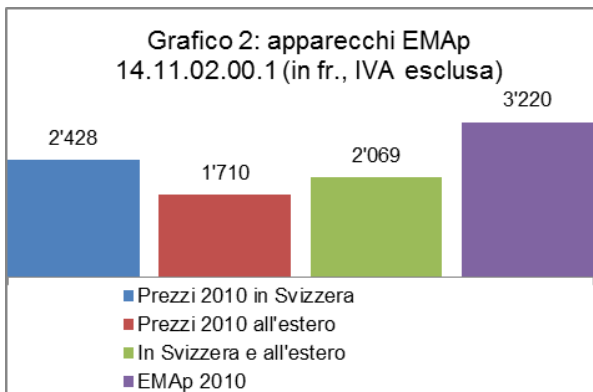
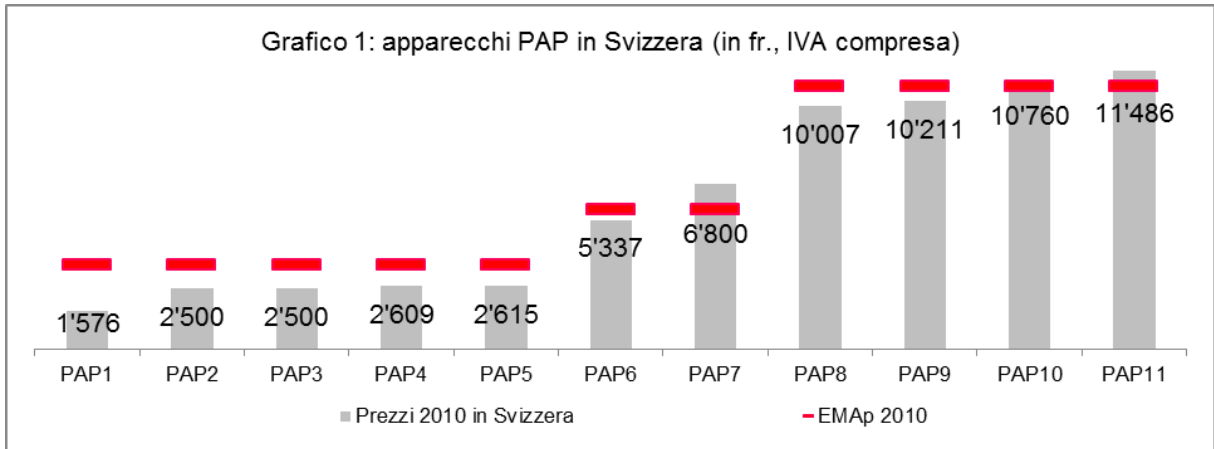
Prezzi degli apparecchi PAP e degli umidificatori

Gli apparecchi PAP sono rimborsati dalle assicurazioni malattia secondo le prescrizioni del capitolo 14 EMAp. Come mostra il grafico 1, quasi tutti i prezzi degli apparecchi PAP in Svizzera si situano al di sotto o allo stesso livello degli IMR. Si possono tuttavia constatare grandi differenze di prezzo tra la Svizzera e gli altri Paesi in esame¹⁷. Un confronto dei prezzi basato sulle voci EMAp evidenzia che nel 2010 i prezzi degli apparecchi PAP e degli umidificatori in Svizzera e i relativi IMR superavano nettamente quelli dei medesimi prodotti in vendita all'estero (cfr. grafici da 2 a 5). Di conseguenza, occorrerebbe abbassare gli IMR di ciascuna voce EMAp, portandoli al livello della media dei prezzi in Svizzera e all'estero affinché riflettano i prezzi di mercato in Svizzera e all'estero.

¹⁵ Cfr. elenco dei mezzi e degli apparecchi (EMAp): <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00263/00264/04184/index.html?lang=it>

¹⁶ Eccetto gli ausili visivi.

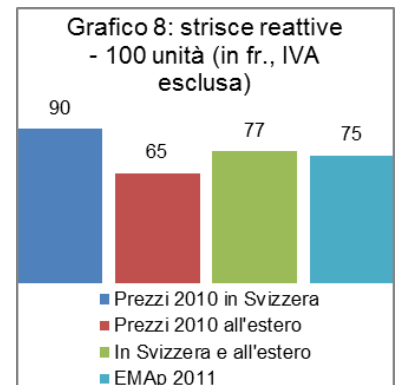
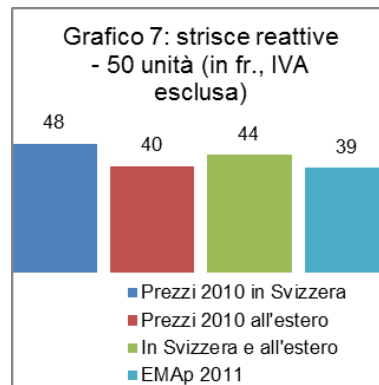
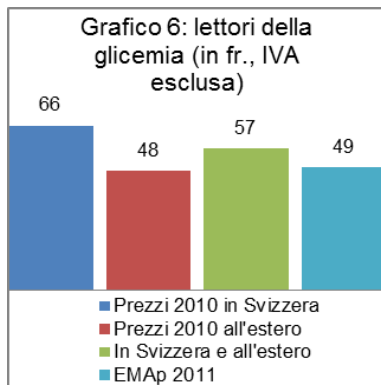
¹⁷ I Paesi di confronto sono la Germania, la Francia, la Gran Bretagna e gli Stati Uniti. Per la conversione dei prezzi è stato utilizzato il tasso di cambio medio del 2010, ossia 1 \$ US = fr. 1.042671, 1 € = fr. 1.381068 e 1 £ = fr. 1.609295.



Prezzi dei lettori della glicemia e delle strisce reattive

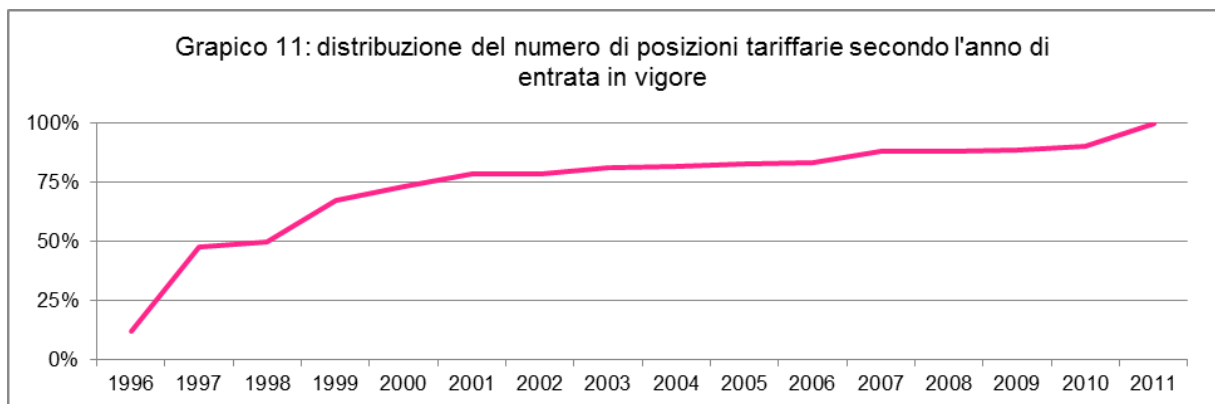
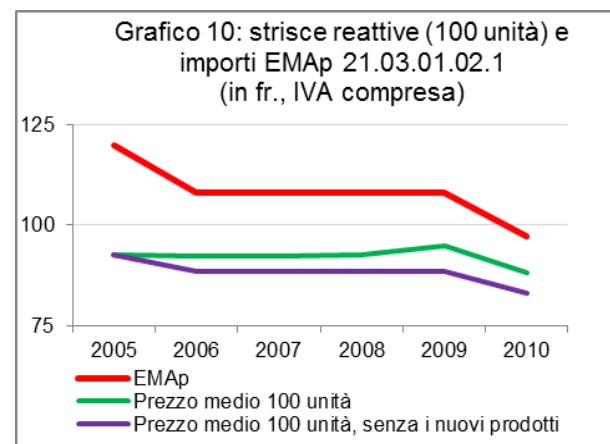
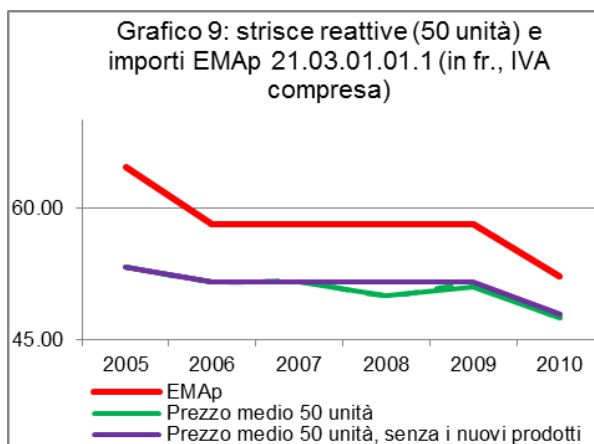
I prezzi medi in Svizzera per i lettori della glicemia e per le strisce reattive sono più elevati di quelli praticati negli altri Paesi in esame (cfr. grafici da 6 a 8)¹⁸. Gli IMR introdotti da gennaio 2011 corrispondono maggiormente alla realtà dei mercati in Svizzera e nei Paesi di confronto.

¹⁸ I Paesi di confronto sono la Germania, la Francia, la Gran Bretagna e gli Stati Uniti. Per la conversione dei prezzi è stato utilizzato il tasso di cambio medio del 2010, ossia 1 \$ US = fr. 1.042671, 1 € = fr. 1.381068 e 1 £ = fr. 1.609295.



Evoluzione dei prezzi delle strisce reattive

Se si confrontano i prezzi (IVA compresa) delle strisce reattive tra il 2005 e il 2010 con gli IMR¹⁹, si constata che l'evoluzione dei prezzi svizzeri nel periodo in esame coincide con quella degli IMR riportati nell'EMAp (cfr. grafici 9 e 10). Le deviazioni registrate tra il 2008 e il 2009 (linee verdi) sono dovute all'introduzione sul mercato svizzero di nuovi prodotti.



¹⁹ Ricordiamo che gli IMR (IVA compresa) delle strisce reattive sono passati nel 2006 da fr. 64.60 a fr. 58.10 per i pacchetti da 50 pezzi e da fr. 120.- a fr. 108.- per i pacchetti da 100 pezzi. Nel 2010, poi, sono passati da fr. 58.10 a fr. 52.30 per le scatolette da 50 pezzi e da fr. 108.- a fr. 97.20 per i pacchetti da 100 pezzi. Su richiesta di santésuisse, gli IMR sono passati, nel gennaio del 2011, da fr. 52.30 a fr. 42.- per le scatolette da 50 pezzi e da fr. 97.20 a fr. 81.- per le scatolette da 100 pezzi.



Dal grafico 11 si evince che il 50 per cento delle posizioni tariffarie dell'EMAp non è stato modificato dopo il 1998 e che circa il 75 per cento²⁰ non è stato riesaminato dopo il 2000. Il fatto che gli IMR (spesso troppo elevati) siano presi come valore di riferimento per fissare i prezzi in Svizzera nuoce alla concorrenza e garantisce ai fornitori di mezzi e apparecchi una sorta di rendita su determinate prestazioni del catalogo ufficiale delle prestazioni LAMal, a scapito degli assicurati. Di conseguenza, occorrerebbe introdurre una serie di meccanismi tesi a favorire il riesame periodico degli IMR.

Le informazioni raccolte evidenziano anche che i negoziati tra le assicurazioni malattia e i centri di distribuzione dei mezzi e degli apparecchi portano a prezzi nettamente inferiori agli IMR e ai prezzi vigenti sul mercato svizzero (fino al 45 % in meno). Un modo per ridurre i costi per le assicurazioni malattia sarebbe quello di integrare gli accordi tra queste ultime e i suddetti centri nell'ambito legale dei contratti LAMal approvati dall'autorità competente. Inoltre, questi contratti dovrebbero essere presi in considerazione sistematicamente anche in sede di determinazione degli IMR dell'EMAp per l'anno successivo.

Dal momento che per la determinazione degli IMR si tiene conto dei prezzi all'estero, occorrerebbe introdurre l'obbligo legale per i fabbricanti o i distributori di mezzi e apparecchi di trasmettere i prezzi praticati all'estero alle autorità federali e agli assicuratori, come già avviene per i medicinali.

Raccomandazioni del Sorvegliante dei prezzi all'attenzione del DFI

Il Sorvegliante dei prezzi ha raccomandato al DFI di:

1. provvedere a riesaminare ogni tre anni tutte le posizioni tariffarie sulla base di un raffronto internazionale dei prezzi;
2. iscrivere nell'OPre l'obbligo per i distributori in Svizzera di trasmettere alle autorità federali e agli assicuratori i dati relativi ai prezzi praticati all'estero;
3. fissare degli IMR che non superino il primo quartile (25 %) dei prezzi fissati in Svizzera se non è possibile definire degli IMR in relazione alla media dei prezzi svizzeri e di quelli dei Paesi di confronto;
4. prendere in considerazione le tariffe fissate nei contratti tra le assicurazioni malattia e i centri di distribuzione dei mezzi e degli apparecchi al fine di determinare gli IMR dell'EMAp per l'anno successivo;
5. integrare i contratti stipulati tra le assicurazioni malattia e i centri di distribuzione dei mezzi e degli apparecchi nel quadro generale dei contratti LAMal secondo l'articolo 46 LAMal;
6. abbassare gli IMR per gli apparecchi di pressione positiva continua, per gli umidificatori nonché gli IMR relativi all'affitto di tali mezzi e apparecchi.

Nella sua presa di posizione del 24 novembre 2011, il DFI dichiara di aver sottoposto la raccomandazione del Sorvegliante dei prezzi di ridurre gli IMR per gli apparecchi PAP e per gli umidificatori alla Commissione federale delle analisi, dei mezzi e degli apparecchi. Tale Commissione dovrà pronunciarsi in merito nella primavera del 2012. Le altre raccomandazioni del Sorvegliante dei prezzi saranno esaminate nell'ambito della revisione generale dell'EMAp. Quest'ultima mira a mettere in atto un piano generale trasparente che consenta, in particolare, di controllare l'evoluzione dei costi nonché di riesaminare e modificare periodicamente gli IMR. Secondo il DFI, i lavori relativi alla revisione dell'EMAp sono stati avviati e dovrebbero concludersi solamente tra 1,5 - 2 anni.

[Stefan Meierhans, Lucie Ingabire]

²⁰ Il che equivale al 36 % dei costi dei mezzi e degli apparecchi forniti dai centri di distribuzione, dai medici e dalle farmacie.



2. MELDUNGEN/ COMMUNICATIONS/COMUNICAZIONI

Plakatierung auf öffentlichem Grund: Empfehlungen des Preisüberwachers zur Stärkung des Anbieterwettbewerbs

Der Preisüberwacher hat in den grösseren Kantonshauptorten sowie in Winterthur und Lugano eine Umfrage zur Plakatierung auf öffentlichem Grund durchgeführt. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die Allgemeine Plakatgesellschaft AG (APG) über eine marktbeherrschende Stellung bezogen auf den Markt für Plakataushang auf öffentlichem Grund verfügt. Die auch von der Wettbewerbskommission erhoffte Belebung der Wettbewerbssituation ist bisher ausgeblieben. Der Preisüberwacher empfiehlt in einem ersten Schritt den Gemeinden, welche Konzessionsverträge vergeben, für ein funktionierendes Ausschreibungsverfahren zu sorgen, damit mittelfristig die Endkundenpreise unter Druck geraten. Sollte dies nicht zum erhofften Ergebnis führen, behält er sich weitere Schritte vor.

Der Preisüberwacher erhielt in den letzten Jahren wiederholt Anfragen und Meldungen zu Plakataushangpreisen. Er erachtet die Anwendbarkeit des Preisüberwachungsgesetzes und seine Zuständigkeit auf zwei Stufen als erfüllt. Zum einen auf der Stufe der Städte und Gemeinden, welche über die Hoheit über den öffentlichen Grund verfügen und den Plakataushang über eine Sondernutzungskonzession für das ganze Gemeinde- bzw. Stadtgebiet oder Teile davon exklusiv an eine Plakatfirma gegen Abgabe einer Konzessionsgebühr erteilen. Zum anderen auf der Stufe des Marktes für den Plakataushang, auf dem die APG mit einem gesamtschweizerischen Marktanteil von rund 75 Prozent als marktmächtig im Sinne des Preisüberwachungsgesetzes zu betrachten ist. Folgende Empfehlungen wurden deshalb an die Gemeinden gerichtet, mit dem Ziel, den Anbieterwettbewerb mittelfristig zu verstärken:

Fixe Konzessionsgebühren statt variable Umsatzbeteiligungen: Aus Sicht der Endkonsumentenpreise ist es sinnvoll, bei der Konzessionsvergabe als Entgelt eine fixe Abgabe unabhängig vom Umsatz der Plakatierungsfirma festzulegen. Dies dürfte sich nach gängiger ökonomischer Theorie in tieferen Endkundenpreisen auswirken, welche die Monopolistin im Rahmen ihrer Gewinnoptimierung gegenüber den Endkunden setzt.

Verschiedene Lose in den grösseren Städten: Neben APG sollten weitere Plakatierungsunternehmen in der Lage sein, ein alternatives nationales Netz parallel anzubieten oder zumindest ein Angebot in den grossen Städten aufzubauen. Wenn verschiedene Lose gebildet werden, können am selben Ort gegebenenfalls mehrere Plakatierungsfirmen eine Konzession gewinnen.

Kurze Vergabeintervalle: Aus Sicht des Preisüberwachers könnte der Markteintritt zudem begünstigt werden, indem die Vergabeintervalle kurz gehalten werden.

Heimfall der Infrastruktur: Die Infrastruktur sollte nach Ablauf der Konzession an die Gemeinde zurückgehen, damit der bisherige Konzessionsinhaber, abgesehen von den besseren Marktnachfragekenntnissen, keine Vorteile gegenüber einem neu in den Markt eintretenden Bieter hat.

Zuschlagskriterium Endkundenpreis: Beabsichtigen Gemeinden auch weiterhin nur ein Los auszuscheiden, können Endkundenpreise als Zuschlagskriterium eine kurzfristig wirksame Massnahme zur Senkung der Endkundenpreise darstellen. Die Gemeinden legen dazu die fixe Konzessionsgebühr im Voraus fest. Die Plakatierungsfirma, welche unter dieser Nebenbedingung den tiefsten Endkundenpreis offeriert, erhält dann den Zuschlag.

Sollten diese Empfehlungen nicht zu einer Belebung des Wettbewerbs führen, behält sich der Preisüberwacher weitere Schritte vor. Zu denken ist namentlich an eine Überprüfung der Plakataushangpreise.



Der Bericht *“Plakatierung auf öffentlichem Grund: Ausschreibungen als wirkungsvolles Wettbewerbsinstrument?”* ist auf der Internetseite der Preisüberwachung unter Dokumentation, Publikationen, Studien & Analysen, 2012 oder unter folgendem Link verfügbar:

[Plakatierung auf öffentlichem Grund: Ausschreibungen als wirkungsvolles Wettbewerbsinstrument?](#)

[Stefan Meierhans, Stephanie Fankhauser, Julie Michel]

Affichage sur le domaine public: recommandation du Surveillant des prix visant à renforcer la concurrence

La Surveillance des prix a procédé, dans les principaux chefs-lieux cantonaux ainsi qu'à Winterthour et à Lugano, à une enquête relative à l'affichage sur le domaine public. Les résultats suggèrent que la Société Générale d’Affichage SA (SGA) occupe une position dominante sur ce marché. L’amélioration de la situation concurrentielle espérée par la Commission de la concurrence n’a pas eu lieu. Le Surveillant des prix recommande aux communes responsables de l’attribution des contrats de concession de veiller à une procédure efficace et axée sur la concurrence permettant d’exercer une pression, à moyen terme, sur les prix aux clients finaux. Si cette approche devait ne pas produire l’effet escompté, il se réserve la possibilité de prendre d’autres mesures.

Ces dernières années, la Surveillance des prix a reçu régulièrement des demandes de renseignements et des dénonciations relatives aux prix d’affichage. L’applicabilité de la loi fédérale concernant la surveillance des prix et la compétence du Surveillant des prix en ce domaine participent d’un double examen: d’une part, à l’échelon des villes et des communes, qui ont autorité sur le domaine public et qui attribuent à une société d’affichage, contre une redevance, une concession d’usage privatif pour l’affichage sur tout le territoire municipal ou des portions de celui-ci; d’autre part, à l’échelon du marché de l’affichage, pour lequel la SGA doit être considérée comme occupant une position dominante au sens de la loi concernant la surveillance des prix, avec ses quelque 75 % de parts de marché en Suisse. C’est pourquoi, les recommandations suivantes ont été adressées aux communes avec pour objectif de renforcer la concurrence à moyen terme.

Des redevances de concession fixes au lieu de participations variables au chiffre d’affaires : du point de vue des prix aux clients finaux, il est judicieux, lors de l’attribution de la concession, de définir une redevance fixe à titre de dédommagement, indépendamment du chiffre d’affaires réalisé par la société d’affichage. Selon la théorie économique usuelle, cette mesure devrait entraîner une baisse des prix aux clients finaux, prix qui sont dictés par le détenteur du monopole dans le cadre de l’optimisation des gains.

Différents lots dans les grandes villes : outre la SGA, d’autres entreprises d’affichage doivent pouvoir proposer parallèlement un réseau national alternatif ou, à tout le moins, mettre en place une offre dans les grandes villes. Lorsque différents lots sont constitués, plusieurs entreprises d’affichage peuvent, le cas échéant, obtenir une concession pour un même lieu.

Des intervalles d’adjudication courts : de l’avis de la Surveillance des prix, l’accès au marché pourrait être en outre favorisé par un raccourcissement des délais d’adjudication.

Droit de retour de l’infrastructure: l’infrastructure doit revenir à la commune à l’échéance de la concession pour que le concessionnaire actuel ne retire pas d’autres avantages qu’une meilleure connaissance de la demande du marché par rapport à un nouveau venu sur le marché.

Le prix de revente comme critère d’attribution: si des communes veulent continuer à ne mettre en adjudication qu’un seul lot, le recours aux prix aux clients finaux comme critère d’attribution de la concession peut constituer une mesure efficace à court terme pour abaisser ces prix. Les communes



fixent à cet effet, à l'avance, la redevance de concession fixe. La société d'affichage qui propose, selon cette condition annexe, le prix de revente le plus bas, obtient alors la concession.

Si ces recommandations devaient ne pas produire l'effet escompté, à savoir une dynamisation de la concurrence, le Surveillant des prix se réserve la possibilité de prendre d'autres mesures. Un contrôle des prix d'affichage pourrait alors être envisagé.

Le rapport « *Affichage sur l'espace public. L'appel d'offres comme instrument efficace de la concurrence?* » est disponible sur le site de la Surveillance des prix, sous Documentation, Publications, Etudes et analyses, 2012 et sur le lien suivant :

[Affichage sur l'espace public. L'appel d'offres comme instrument efficace de la concurrence?](#)

[Stefan Meierhans, Stephanie Fankhauser, Julie Michel]

Affissione di cartelloni pubblicitari in luoghi pubblici: raccomandazioni del Sorvegliante dei prezzi per rafforzare la concorrenza tra gli operatori

La Sorveglianza dei prezzi ha svolto un sondaggio in alcuni grandi capoluoghi cantonali nonché a Winterthur e a Lugano in merito all'affissione di cartelloni pubblicitari in luoghi pubblici. I risultati evidenziano che la società Affichage Holding SA (APG/SGA) detiene una posizione dominante sul mercato in questo settore e l'intensificazione della concorrenza, auspicata anche dalla Commissione della concorrenza, non si è verificata. Il Sorvegliante dei prezzi raccomanda ai Comuni, responsabili dell'assegnazione dei contratti di concessione, di provvedere innanzitutto al buon funzionamento delle procedure d'appalto orientate alla concorrenza affinché a medio termine si riducano i prezzi per il consumatore finale. Se questa misura non dovesse produrre i risultati auspicati, il Sorvegliante dei prezzi si riserva di proporre altri provvedimenti.

Negli ultimi anni la Sorveglianza dei prezzi ha ricevuto più volte richieste e segnalazioni sui prezzi dei cartelloni pubblicitari e considera adempite su due livelli l'applicabilità della legge sulla sorveglianza dei prezzi e la sua competenza. Da un lato a livello di Città e Comuni, che in quanto sovrani del territorio pubblico conferiscono il diritto di affiggere cartelloni pubblicitari in via esclusiva a una ditta pubblicitaria mediante la concessione per uso particolare dei luoghi pubblici comunali o cittadini o di una parte di essi, dietro il pagamento di una tassa di concessione. Dall'altro lato, a livello di mercato dell'affissione, sul quale l'APG/SGA è da considerarsi impresa che domina il mercato ai sensi della legge sulla sorveglianza dei prezzi (con una quota nazionale pari al 75 % circa). Per tali motivi sono state indirizzate ai Comuni le raccomandazioni seguenti con l'obiettivo di rafforzare a medio termine la concorrenza tra gli operatori del mercato:

Tasse per la concessione fisse anziché percentuali variabili in base al fatturato: dal punto di vista del consumatore finale, nel conferimento delle concessioni, conviene stipulare tasse fisse che siano indipendenti dal fatturato dell'operatore pubblicitario. Secondo la teoria economica corrente, ciò dovrebbe ridurre i prezzi per il consumatore finale che il monopolista fissa per massimizzare il suo guadagno.

Appalto di più concessioni nelle grandi città: oltre all'APG/SGA, anche altri operatori pubblicitari devono essere in grado di offrire una rete alternativa che copra tutta la Svizzera o almeno le grandi città. Se venissero appaltate più concessioni, potrebbero coesistere più operatori pubblicitari nello stesso luogo.

Concessioni di durata più breve: secondo la Sorveglianza dei prezzi, l'ingresso sul mercato di nuovi operatori sarebbe più facile se le concessioni avessero una durata più corta.



Restituzione dell'infrastruttura: una volta scaduta la concessione di un operatore, l'infrastruttura dovrebbe essere restituita al Comune, in modo che il primo operatore non risulti privilegiato nei confronti di un nuovo operatore, a prescindere dal know-how che ha acquisito in merito alla domanda.

Prezzi per il consumatore finale quale criterio di assegnazione: se anche in futuro i Comuni intendono appaltare una sola concessione, il criterio dei prezzi per il consumatore finale può rivelarsi un provvedimento di riduzione dei prezzi efficace sul breve periodo. A tal fine i Comuni stabiliscono a priori una tassa di concessione fissa. L'operatore pubblicitario che, a questa condizione, garantisce il prezzo più basso ottiene la concessione.

Se queste raccomandazioni non dovessero portare a una ripresa della concorrenza, il Sorvegliante dei prezzi si riserva il diritto di proporre altri provvedimenti, in particolare in merito alla verifica dei prezzi per l'affissione dei cartelloni pubblicitari.

Il rapporto "*Affissione di cartelloni pubblicitari in luoghi pubblici: le gare d'appalto sono uno strumento efficace per favorire la concorrenza?*" è disponibile sul sito della Sorveglianza dei prezzi, sotto: Documentazione, Pubblicazioni, Studi & analisi, 2012.

[Affissione di cartelloni pubblicitari in luoghi pubblici: le gare d'appalto sono uno strumento efficace per favorire la concorrenza?](#)

[Stefan Meierhans, Stephanie Fankhauser, Julie Michel]

Neue Internetvergleichsseite der Preisüberwachung schafft Transparenz bei den Gaspreisen

Seit 31. Januar 2012 sind die von der Preisüberwachung erfassten Gaspreise von rund 100 Gasversorgungsunternehmen (GVU)²¹ auf der speziell dafür errichteten Gaspreisvergleichswebseite (<http://gaspreise.preisueberwacher.ch>) abrufbar. Mit dieser neuen Publikation auf Internet schafft die Preisüberwachung Transparenz und erstmals einen Überblick über die Gaspreise, welche die Gasversorgungsunternehmen ihren Kunden in Rechnung stellen. Auf der Internetseite können für jede mit Gas belieferte Schweizer Gemeinde die durchschnittlichen Gastarife für neun verschiedene standardisierte Verbraucherkategorien abgerufen werden, wobei die kantonalen und kommunalen Durchschnittspreise in Form von Grafiken und Karten im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt aufgezeigt werden. Die Gaspreisvergleichswebseite wird unter anderem anhand der von den Gasversorgungsunternehmen zugesandten Tarifänderungen fortlaufend aktualisiert.

[Greta Lüdi]

Neue Urheberrechtsgebühren auf Mobiltelefonen: Entscheid der Schiedskommission entspricht Empfehlung des Preisüberwachers

Aus formellen Gründen war im Jahr 2010 der Entscheid der Eidgenössischen Schiedskommission (ESchK) betreffend die Vergütung auf digitalen Speichern in Mobiltelefonen, der sogenannte GT 4e, vom Bundesverwaltungsgericht aufgehoben und zur Neuurteilung zurückgewiesen worden. Die ESchK hatte sich bereits in ihrem damaligen (in der Zwischenzeit aufgehobenen) Entscheid auf die Berechnungsmethode der PUE abgestützt. Die Preisüberwachung hat 2011 in der erneuten Beurteilung an ihrem Berechnungsmodell festgehalten jedoch in der Zwischenzeit aktualisierte Datengrundlagen berücksichtigt. Dies hat zu einer leichten Reduktion des nun empfohlenen Tarifs geführt. Am 5. Dezember 2011 hat die ESchK die Einführung des neuen Tarifs GT4e beschlossen. Die Begründung dieses Beschlusses steht noch aus. Die Preisüberwachung stellt jedoch befriedigt fest, dass sowohl in Bezug auf die Vergütungshöhe (21.9 Rappen pro Gigabyte Speicherkapazität) wie auch hinsichtlich der festgelegten Laufzeit ihre Empfehlung vom September 2011 befolgt wurde. Falls nach dem Vor-

²¹ Vgl. Newsletter 06/11



liegen der Begründung keine Beschwerde erhoben wird, gilt dieser Tarif nun bis am 31. Dezember 2013.

[Stephanie Fankhauser]

Einvernehmliche Regelung mit Wasserverbund Region Bern

Per 1. Januar 2007 haben Energie Wasser Bern (ewb) und die acht Aktionärgemeinden ihr Primärsystem an die WVRB AG übertragen. Nur das so genannte Sekundärsystem (Verteilnetz und Hydranten) blieb im Eigentum der Aktionäre.

Eine der politischen Vorgaben war die Übernahme der Primäranlagen zu Restwerten auf der Basis von Wiederbeschaffungswerten. Dazu wurden alle Anlagen und Leitungen einheitlich bewertet. Das führte teilweise zu Aufwertungen und die Anlagen sind heute höher bewertet als wenn diese von Beginn an im Eigentum der WVRB AG gewesen wären. Gemäss den hierfür einschlägigen kantonalen Vorgaben (Art. 85a der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998; BSG 170.111) mussten die durch die Aufwertung entstandenen Buchgewinne in eine Spezialfinanzierung „Übertragung Verwaltungsvermögen“ eingelegt werden. Diese Mittel können trotz schriftlicher Intervention des Preisübersichters beim Regierungsrat leider nicht zur Entlastung der Rechnungen der Wasserversorgungen eingesetzt werden.

In seiner Untersuchung kam der Preisüberwacher zum Schluss, dass diese Aufwertungen ohne weitere Kompensationsmassnahmen mittelfristig zu zu hohen Wasserpreisen und zu hohen Gewinnausschüttungen an die Gemeinden führen würde.

Der Preisüberwacher hat sich daraufhin mit dem WVRB geeinigt, dass die bereits vom Verwaltungsrat der WVRB AG diskutierten Massnahmen:

- die Dividende bis auf weiteres auf 1% zu beschränken
- neue Aktionäre ihre Anlagen zu synthetischen Anlagewerten einbringen zu lassen
- das Aktienkapital von bisher 20 auf 45 Millionen Franken zu erhöhen

geeignet sind um die Auswirkungen der Aufwertungen zu kompensieren. Formell konnte diese Einigung nun Ende letzten Jahres unterschrieben werden, nachdem auch die beiden letzten beteiligten Gemeinden der Kapitalerhöhung zugestimmt haben.

Auf die aktuellen Gebühren hat diese Einigung keinen direkten Einfluss. Sie zielt darauf ab, zukünftige Erhöhungen zu vermeiden.

[Agnes Meyer Frund]

Stadt Arbon: Voraussichtlich keine Erhöhung der Abfallgebühren

Bei der Preisüberwachung ist im November 2011 eine Meldung eingegangen, in der eine geplante Erhöhung der Abfallgebühren der Stadt Arbon - in Form der Einführung einer Grundgebühr - beanstandet wurde. Die Preisüberwachung hat in der Folge diesen Hinweis aus der Bevölkerung zum Anlass genommen, die Abfallgebühren der Stadt Arbon einer Prüfung zu unterziehen. Sie ist dabei zum Schluss gelangt, dass bei korrekter Aufteilung von Personal- und Maschinenkosten die Abfallrechnung der Stadt ausgeglichen wäre und damit eine Gebührenerhöhung nicht angezeigt ist. Die Stadt Arbon kam in ihrer Beurteilung zu einem etwas anderen Ergebnis, das allerdings die Grundaussage der Preisüberwachung nicht in Frage stellte. Das Geschäft wurde zwischenzeitlich an das Stadtparlament weiter geleitet, welches die Angelegenheit allerdings voraussichtlich nicht weiterverfolgen wird. Damit wird wahrscheinlich auch auf die Einführung einer Abfall-Grundgebühr verzichtet.

[Jörg Christoffel]



3. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE

Voranzeige Jahrespressekonferenz Preisüberwacher

Die Jahrespressekonferenz des Preisüberwachers findet am 24. Februar 2012, 10 Uhr, im Medienzentrum Bundeshaus statt. Preisüberwacher Stefan Meierhans präsentiert den Jahresbericht 2011 und orientiert über die Schwerpunktthemen 2012. Eine spezielle Einladung folgt.

Für zusätzliche Auskünfte zum Newsletter können Sie sich an den Informationsbeauftragten der Preisüberwachung, Rudolf Lanz, Tel. 031 322 21 05 bzw. rudolf.lanz@pue.admin.ch wenden.

Pour des renseignements complémentaires vous pouvez vous adresser à Marcel Chavailleaz, Responsable des relations avec la Suisse romande, tél. 031 322 21 04 resp. marcel.chavailleaz@pue.admin.ch.